



WAS ALLEN GEHÖRT

Commons – Neue Perspektiven
in der Armutsbekämpfung



DIE ARMUTSKONFERENZ.

e-Book inside

<i>Markus Spitzer, Michaela Moser:</i> Soziokratie. Ein Organisationsmodell für Commoners	195
<i>Philipp Sonderegger:</i> Fünf Kniffe für Schwarm-Campaigner_innen	207
Projekte (<i>Peter A. Krobath</i>): Mehr als ein Unterschlupf	218
Keimzellen der Basisdemokratie	220
Sichtbar Werden!	222
Netzwerk-Allmenden	224
Es gibt viele Alternativen!	226
Kapitel V – Sozialwirtschaft	
<i>Judith Pühringer, Philipp Hammer:</i> Sozialwirtschaft als Alternativwirtschaft?	
Soziale Unternehmen, Commons und Solidarische Ökonomie	231
<i>Nikolaus Dimmel, Katharina Meichenitsch:</i> Social Entrepreneurs.	
Profit in der Sozialwirtschaft	239
Projekte (<i>Peter A. Krobath</i>): Kost nix! Gratis! Geschenk!	256
Die Zweirad-Bewegung	258
Offene Werkstätten, auch am Land	260
Kapitel VI – Gesundheit und Ernährung	
<i>Ulrike Papouschek:</i> Gesundheit als öffentliches Gut	265
<i>Irmi Salzer:</i> Gutes Essen für alle! Keine Ernährungssouveränität ohne Commons	279
Projekte (<i>Peter A. Krobath</i>): Die Arche fährt nicht allein	288
Neue Schatzkarten	290
Wir geben euch Geld, damit ihr gut produzieren könnt	292
Autor_innen-Verzeichnis	295

Silke Helfrich

Commoning als Strategie der Armutsvermeidung

Entwicklungspolitik setzt seit Jahrzehnten auf unterschiedliche Konzepte der Armutsbekämpfung. Sie bezieht sich jedoch immer auf Markt und Staat. Das Potenzial der Commons gerät selten ins Blickfeld. Dabei wirken commonsbasierte Strategien primärverteilend, sie verhindern absolute Armut und tragen dazu bei, die Trennung von Produktion und Reproduktion zu überwinden. All das schafft mehr soziale Sicherheit, nicht nur in den Entwicklungsländern.

Die ganze Welt bekämpft Armut ...

Merk-Würdiges notiert Winfried Rust: „Es gibt eigentlich keine Protagonisten der Armut, sondern ausschließlich Gegner“ (Rust 2013: D5). Doch obwohl alle die Armut bekämpfen (wollen)¹, besteht sie fort. Drei Milliarden Menschen sind nach Angaben der Weltbank arm, eine Milliarde absolut arm².

¹ ... und dies mitunter mit der Bekämpfung der Armen verwechseln.

² Den dahinterliegenden Armutsbegriff und die entsprechenden Indikatoren ausführlich zu diskutieren sprengt den Rahmen dieses Artikels.

Armut hat es immer schon gegeben, sagen Relativierer. Doch auch sie können kaum übersehen, was es nicht schon immer gab: das heutige Produktivitätsniveau, den aktuellen Stand der technologischen Entwicklung und die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen.

Das Fortbestehen der relativen und absoluten Armut ist alarmierend. Ihre Ursachen sind vielfältig (nichts ist in komplexen Systemen monokausal). Zu ihnen gehört, dass staatliche und multilaterale Institutionen Commons in der Regel für nutzlos erklären. Der Blick auf Commons wird (ihnen) nicht nur von marktfundamentalistischen Prinzipien verstellt, sondern auch von einer Institutionensicht, die „die Last der Erfüllung sozialer Rechte auf den Staat legt“ (Mattei 2012: 1). Zudem gerann die Idee der Gerechtigkeit im Laufe der letzten Jahrhunderte mehr und mehr zur Tauschgerechtigkeit und ließ Verteilungsgerechtigkeit außen vor. Tauschgerechtigkeit kann man über den Markt vertraglich herstellen und nachträglich durch den Staat korrigieren. Das Konzept der Verteilungsgerechtigkeit hingegen verschwand allmählich aus unserem Rechtsrahmen, aus den Fachdebatten und aus unserem Denken. Geldvermittelte Tauschgerechtigkeit wurde zum Common Sense, die Verteilungsfrage in die Politik verschoben und an den Staat delegiert³.

Die Commons wurden dadurch nahezu unsichtbar. Wir haben regelrecht verlernt, sie zu sehen und zu bezeichnen. Und was man nicht bezeichnen kann, existiert nicht. Es verschwindet aus der Realität und kommt als „Strategie“ der Armutsbekämpfung, als Hebel für mehr Gerechtigkeit oder als Option für eine faire Welt nicht in den Sinn. Das gilt weltweit, in Nord und Süd, bei uns und anderswo.

... und ist dabei auf einem Auge blind

Armutsbekämpfung ist seit Jahrzehnten erklärtes Ziel der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, wobei der jeweils herrschende Armutsbegriff die Politik ebenso lenkt wie die Finanzströme. Was man für armutsmindernd hält, bekommt (vielleicht) ein Budget. Was man nicht im Blick hat, bleibt unterstützungslos. In ihrem Beitrag „Rhetorik der Kurskorrektur. Verlorene Dekaden

³ Das hat in den Wohlfahrtsstaaten dieser Erde – und das sind eher wenige – einige Jahrzehnte gut funktioniert. Doch das Grundproblem tritt in Krisenzeiten immer häufiger zutage: Kein Geld – keine sozialen Rechte (vgl. Mattei 2012: 2).

der Armutsbekämpfung“ zeichnet die Politologin Jenniver Sehring den sich wandelnden Armutsbegriff über ein knappes halbes Jahrhundert nach (Sehring 2002). Von den 1950er- bis zu den 1970er-Jahren war Entwicklungspolitik geprägt von der Trinität Marktseligkeit, Wachstumsglaube und *Trickle-down-Hoffnung* (die Idee, geschaffener Reichtum sickere nach unten durch und jeder bekomme etwas vom Kuchen ab) und blieb strukturell blind für das Potenzial der Commons. So ist das Denken der Global Player bis heute geprägt. Aus ihm ließ sich schlüssig folgern, dass Integration in den Markt (etwa durch Kreditvergabe) ein Armutsbekämpfungsmittel par excellence sei.

Mit dem Durchmarsch des Neoliberalismus wurde die „Formel »Wachstum = Armutsbekämpfung« [...] erweitert. Jetzt hieß sie: »Wirtschaftliche Liberalisierung = Wachstum = Armutsbekämpfung“ (Sehring 2002: 25).

Die sogenannten Strukturanpassungsprogramme (SAPs) ab Mitte der 1970er- bis in die 1990er-Jahre setzten auf mehr (globalen) Wettbewerb, Währungsabwertung, Subventionsabbau (der als handelsverzerrend angesehen wurde), niedrige Steuern, Privatisierung (genannt „Sicherung der Eigentumsrechte“) und Deregulierung. SAPs wurden für ihre Kritiker_innen zum Synonym für einen Marktfundamentalismus, der im Kern bis heute besteht. Nur die Ausprägung wechselt gelegentlich den Namen.

„Trade not Aid“⁴ lautete über Jahrzehnte ein entwicklungspolitischer Slogan. Dass dies der Armut nicht beikam, erkannte sogar die Weltbank, die schließlich Sozialprogramme, sogenannte Social Dimension of Adjustment (SDA), auflegte, um die Konsequenzen der eigenen Politik abzufangen. Zum Markt, der es allein nicht richtete, gesellte man den Staat. Die Tagesordnung sah nicht vor, über das Markt-Staat-Duopol hinauszudenken. Commons blieben ungedacht. Über den Weltsozialgipfel 1995 und die sogenannten Millennium Development Goals (MDGs) wurde das Thema schließlich international wahrgenommen. Sie beinhalten das Ziel der Halbierung der Armut bis zum Jahr 2015, wie im Aktionsprogramm zum Bericht des Weltgipfels für soziale Entwicklung nachzulesen ist (vgl. United Nations 1995). Da aber Armut „nicht mehr nur über Einkommen, Bildung und Gesundheit definiert wird, sondern auch Mitbestimmung und Partizipation einschließt, wurde auch das Good-Governance-Konzept zur Armutsbekämpfungsstrategie“ (Sehring 2002: 25). Gute Regie-

⁴ Vielleicht ist Handelsfundamentalismus gar der treffendere Ausdruck.

rungsführung sollte ein „armenorientiertes Wachstum“ („pro-poor-growth“) ermöglichen. Dass aber Wachstum im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsweise per definitionem ressourcenplündernd ist, bleibt auch in dieser begrifflichen Wandlung unbedacht. Zudem ist die Wachstumsorientierung an eine Wertschöpfungsweise gekettet, die systematisch Ausschluss erzeugt. Dennoch gilt sie noch immer weithin als *Conditio sine qua non* der Armutsbekämpfung. Eigentumsverhältnisse, Machtfragen und Commons, als wachstumsunabhängige und selbstbestimmte Form der (Re-)Produktion der Lebensverhältnisse, bleiben außen vor.

Auf die Beziehung kommt es an

Während Commons-Praxis so alt ist wie die Menschheit und so modern wie das Internet, war die Commons-Forschung der letzten Jahrzehnte motiviert vom doppelten Scheitern „strikter staatlicher Kontrolle und unregulierter Marktpolitik“. Das lenkte „den Fokus auf die Rolle kollektiver Institutionen⁵ und auf mikro-orientierte Zugänge“ (Di Gregorio et al. 2008: 1).

Hervorzuheben sind die Forschungen um die US-amerikanische Trägerin des Wirtschaftsnobelpreises von 2009, Elinor Ostrom (siehe den Beitrag von Brigitte Kratzwald in diesem Band). Ihre Erkenntnis: Selbstorganisation und kollektives Sorgetragen für gemeinsame Räume und Ressourcen *kann* unter den richtigen Rahmenbedingungen erfolgreich und langfristig stabil sein.

Was das politisch bedeutet, zeigt etwa der aktuelle Bericht über menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen (vgl. UNDP 2013). Darin wird Frances Stewart vom Institute for Economics and Peace zitiert. Sie erläutert treffend, warum ein Entwicklungskonzept nicht vorrangig die Erweiterung der Verwirklichungschancen Einzelner zum Gegenstand haben kann: „Es gibt Aspekte von Gesellschaften, die sich auf Individuen auswirken, aber nicht auf der Ebene des Individuums beurteilt werden können, weil sie auf Beziehungen basieren. [...] Dazu zählt [...], wie gut Familien oder Gemeinschaften funktionieren [...]“ (UNDP 2013: 46).

⁵ Institutionen sind definiert als: „Die Spielregeln in einer Gesellschaft, oder formeller, die von den Menschen erdachten Auflagen/Bedingungen, die die Interaktion zwischen Menschen prägen“ (North 1990: 73).

Gerade jenen sozialen Institutionen, „die menschliches Gedeihen begünstigen“, gebühre Aufmerksamkeit. Als soziale Institutionen fasst Stuart all jene auf, „in denen Menschen kollektiv handeln [...], abgesehen von gewinnorientierten Marktinstitutionen und dem Staat“. Das beschreibt die institutionelle Seite der Commons. Um den Einfluss dieser Institutionen zu verstehen, bringt Stuart den Begriff der „sozialen Kompetenzen“ ins Spiel, der beschreibt, wie soziales Handeln nicht „spontan geschieht“, sondern in Gruppen erzeugt wird und durch sie wirkt (UNDP 2013: 46). Das erklärt, warum Commons als Prozess gedacht werden müssen, als ein Verb – *commoning* (etwa: gemeinschaffen) – und nicht als ein Substantiv, wie es der Historiker Peter Linebaugh auf den Punkt bringt (Linebaugh 2008; siehe dazu detaillierter den Beitrag von Brigitte Kratzwald in diesem Band).

Es sei daher entscheidend, jene sozialen Institutionen „zu ermitteln und zu ermutigen, die wertvolle Verwirklichungschancen und Beziehungen unter und zwischen Individuen und Institutionen fördern“, statt in dieser Hinsicht neutral oder gar kontraproduktiv zu sein. Dass selbige Institutionen ein „hohes Maß an Interaktion und Vertrauen“ voraussetzen, aber auch „tendenziell homogen“ sind (hinsichtlich Ethnie, Religion oder Geschlecht), trifft vermutlich ebenso auf die meisten von Elinor Ostrom untersuchten Commons zu (UNDP 2013: 46).

Klar wird aus dieser relationalen Perspektive: Es geht im Kern nicht um Partizipation! Es geht nicht in erster Linie darum, den Armen eine Stimme zu geben (von wem?) oder ihnen Beteiligung (woran genau?) zu ermöglichen. Sondern es geht darum, ihre sozialen Kompetenzen zu stärken und auf existierende, erfolgreiche kollektive Praktiken sowie Problembewältigungsstrategien zu schauen und darin die Hebel für Veränderung zu suchen.

Commons-Forschung hat gezeigt, dass *selbstbestimmte* Nutzungsregeln (als Bestandteil klar definierter Eigentumsrechte) von enormer Bedeutung sind und klar definierte Eigentumsrechte für gelingende Commons Relevanz haben. Sie hat aber auch bewiesen, dass eine Eigentumsform an sich noch kein gelingendes gemeinsames Handeln (*commoning*) garantiert. Die Rechtsform des Eigentums wurde in der politischen Diskussion oft überbetont, der darunterliegende soziale Prozess blieb derweil unterbelichtet. Das erklärt unter anderem, warum sich selbst progressive Entwicklungspolitiker_innen weltweit für die Vergabe von (individuellen) Landtiteln stark mach(t)en. Dies blendet einerseits soziale Prozesse aus, die für die langfristige Beziehungsgestaltung zwischen den Men-

schen entscheidend sind, andererseits ändert es nichts an der politischen Ökonomie des Marktfundamentalismus.

Die entscheidende Frage ist also nicht „Wem gehört etwas *de jure*?“, sondern „Wem und wer nutzt etwas *de facto*?“. Oder anders: „Wie können Nutzungsrechte an kollektiven Ressourcen so gestaltet sein, dass sich niemand über den Tisch gezogen fühlt, Abhängigkeit (von Markt und Staat) minimiert wird und Sozialbeziehungen gedeihen?“ Allgemeiner: „Was ermöglicht gemeinsames Handeln und was behindert es?“ Genau dies sind zentrale Fragen der Commons-Forschung. Sie können uns helfen, soziale Institutionen von emanzipatorischen Commons(institutionen) zu unterscheiden und so Anknüpfungspunkte für die Unterstützung durch staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure zu finden. Das ist wichtig, weil Commons den Möglichkeitsraum kollektiven Handelns erweitern.

Commons und Armut

Dieser Möglichkeitsraum birgt auch den Zusammenhang zwischen Commons und Armut. Amartya Sen – indischer Ökonom und Nobelpreisträger – erhellt ihn. Er versteht Armut als Entzug von Lebensbefähigung und damit von Freiheit („capability deprivation“). Dem zuzustimmen heißt, die Erweiterung dieses Möglichkeitsraums als vieldimensionale Armutsvermeidungsstrategie sehen zu können. „Die Hauptfrage ist, welche Qualität das Leben hat, das jemand führt. [...] Der Wert des Lebensstandards liegt in einer bestimmten Art zu leben und nicht im Besitz von Gütern, die eine abgeleitete und variierende Relevanz haben“ (Sen 2000: 49).

Die Qualität unseres Lebens ist geprägt von der Qualität unserer Sozialbeziehungen. Diese wiederum sind beeinflusst von vielfältigen Bedingungen, weshalb es wenig Sinn macht, einen „Idealzustand“ zu konstruieren, auf den es sich zuzuentwickeln gilt. Sinnvoll hingegen erscheinen Verfahren, so Sen, die auf die Eigenart der Gesellschaft, auf ihre Interaktionsmuster und Zukunftsvorstellungen Rücksicht nehmen. So können vielfältige – statt einfältige – Alternativen entstehen, die in einem konfliktreichen, aber transparenten Prozess des „öffentlichen Vernunftgebrauchs“ entwickelt und realisiert werden. Dieser Prozess ist Leben und Befähigung zur Fairness zugleich. In ihm bleiben sowohl Anspruchsrechte als auch Verantwortlichkeiten im Blick.

So weit die Einsichten. Doch auch sie ändern nichts daran, dass Commons (institutionen) weiterhin systematisch zerstört werden. In einer Radiosendung des ORF zum „Reiz des Commons“ bringt dies der Autor und Publizist Kai Ehlers am Beispiel Russlands auf den Punkt. Er beschreibt, dass der Impuls der Gemeinschaftlichkeit in Russland kulturell tief verwurzelt ist. Diesen Impuls könne man auch heute noch beobachten, selbst in den Großstädten, „aber die Strukturen, in denen man das realisieren kann, sind zerschlagen“ (Ehlers in Medosch 2013).

Auch das Internationale Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungspolitik (IFPRI) publiziert Fakten zur armutsmindernden Kraft der Allmende. So schützen kollektive Eigentums- und traditionelle Bewirtschaftungsformen besser vor Unternutzung oder Landgrabbing als individualisierte Landtitel (vgl. Fuys et al. 2008). Das liegt auch an der Synchronizität der Nutzungen derselben Sache durch unterschiedliche Nutzer_innen (der_die eine nutzt das Obst, der_die andere den Schatten) oder an der zeitversetzten Nutzung derselben Sache durch verschiedene Menschen (Hirten- und Nomadenvölker beanspruchen immer nur kurzzeitig Wege- und Weidrechte) (vgl. Fuys et al. 2008). Dennoch sind individuelle Eigentumstitel und Einzäunungen bis heute ein politisches Mantra. In einer auf Individualeigentum versessenen Welt fällt es schwer, denn Blick auf die Nutzungsvielfalt in den Commons freizulegen.

Doch genau deswegen lohnt es sich, zu prüfen, wie aus Commons-Perspektive den Ursachen der Armut begegnet werden kann. Inexistente Wasserversorgung, fehlender Wohnraum, Energiearmut oder mangelnder Zugriff auf lebenswichtige Medikamente – eine Ursache dafür ist Commons-Armut. Dazu wären viele Thesen zu entfalten. Ich möchte drei davon zur Diskussion stellen.

1. Jenseits der Verteilungsgerechtigkeit: Commons ermöglichen Primärverteilung

Verteilungsgerechtigkeit kann durch Umverteilung und durch Primärverteilung entstehen. Umverteilung lindert das Symptom, Primärverteilung vermeidet das Problem. Ohne Primärverteilung steht Verteilungsgerechtigkeit auf einem instabilen Fundament – und Commons stehen für Primärverteilung.

Gegenwärtig wird in der Regel ein Ressourcenpool in Beschlag genommen, um die individuelle Verfügung durchzusetzen. Dann wird für den Markt produziert, über den anschließend verteilt und über staatliche Fiskal- und Sozialpoli-

tik umverteilt wird.⁶ In einem commonsbasierten System nutzen Menschen einen kollektiven Pool gemeinsam und ge- und behandeln ihn so, dass nachträgliche Umverteilung überflüssig wird.

Diese Idee ist der modernen Sozialfürsorge fremd. Unsere sozialpolitische Debatte ist vom Umverteilungsgedanken geprägt, während bis zur industriellen Moderne vor allem die „Primärverteilung des gemeinsamen Reichtums, von dem die Gesellschaft profitiert“, im Mittelpunkt stand (Rowe 2007). Die Versorgung Bedürftiger wurde jahrhundertlang (in vielen Kulturen bis heute) in die vorherrschenden Besitzstrukturen und Ressourcennutzungen eingebaut.⁷ Das heißt: Commons boten den institutionellen Rahmen, in dem sich ein Primärverteilungsprinzip durchsetzen konnte. Das könnten sie auch heute, schließlich sind sie im Kern anpassungsfähige Arrangements von Nutzungsvereinbarungen für das, was keinem Einzelnen exklusiv zur Verfügung steht.

Commons bergen in ihren vielfältigen Formen den Grundgedanken, dass es nicht um Almosen der Habenden für die Habenichtse geht, sondern um einen legitimen Anteil am ganzen Kuchen, nicht um die Gewährung oder Einräumung von Rechten durch eine Autorität oder ein gesetzgebendes Organ, sondern um die schlichte *Anerkennung* des existierenden Rechts jeder und jedes Einzelnen auf Teilhabe (und Teilgabe) an der ganzen Bäckerei. Der US-amerikanische Autor Jonathan Rowe setzt das am Beispiel der Geschichte seines Landes ins Bild, wenn er beschreibt, welche Vision die frühen Siedler_innen mit in die „Neue Welt“ brachten: „... keine gemeinsame Bewirtschaftung der Felder, sondern vielmehr eine Überzeugung, dass Wälder, Flüsse, Ufer und solche Dinge zu einem gewissen Grad gemeinsam genutzt und erhalten werden sollten“ (Rowe 2007).⁸ Die Ureinwohner_innen des Kontinents wurden von diesem Verständnis allerdings (gewaltsam) ausgeschlossen!

⁶ Und wo es keinen auf Umverteilung erpichten Staat gibt, sind Arme sowieso auf sich allein gestellt.

⁷ Siehe dazu ausführlicher den Beitrag von Brigitte Kratzwald in diesem Band, insbesondere den Abschnitt „Das Recht auf Nutzung der Commons – Existenzsicherung und Menschenwürde“.

⁸ Der Gedanke ist auch deshalb wichtig, weil häufig der Eindruck entsteht, Commons bedeute stets „gemeinsame Kasse zu machen“, eine gemeinsame Ökonomie zu betreiben, alles gemeinsam zu tun und das Individuelle darin aufzugeben. Dabei gibt es in real existierenden Commons sehr viele Formen, Besitz (Ressourcen) gemeinsam zu verantworten und zugleich individuell zu nutzen.

Doch bleiben wir bei dem Grundgedanken, den Rowe formuliert und der keiner radikalen Randgruppe eigen war. Der vierte Präsident der Vereinigten Staaten, James Madison, hatte beispielsweise zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Bundesstaat Virginia das Gesetz unterzeichnet, das Wälder zu Gemeingut erklärte.⁹

Der Begriff *Anerkennung* ist entscheidend, wie der Sprach- und Rechtsphilosoph Louis E. Wolcher betont, denn in der Geschichte der Commons „*gewährt* nicht der König Rechte, sondern er *bestätigt* übliche Praktiken und Gewohnheiten, von denen Menschen seit Jahrhunderten Gebrauch machen [...] und schützt, was sich die Menschen bereits genommen hatten“ (Wolcher 2009, o. S., Hervorhebungen S. H.). Der Unterschied zwischen dem Herrscher (oder Staat), der Rechte gewährt, und jenem, der (Gewohnheits-)Rechte respektiert, liegt auf der Hand. Doch der Respekt vor dem Gewohnheitsrecht geriet im vom Rechtspositivismus durchdrungenen 21. Jahrhundert in Vergessenheit.

„Man denke nur an die weitverbreitete Vorstellung, dass *welfare* vom Staat gegeben ist, kontrolliert wird und vom Staat auch wieder genommen werden kann. [...] Die Tragik der Commons besteht für mich in der Tatsache, dass wir uns die Commons nicht mehr vorstellen können“, resümiert Wolcher. Commons, oder besser ausgedrückt „commoning“, sind mithin nicht einfach ein Rechtsverhältnis, sondern vielmehr „eine Lebensform, in der Autonomie und die Fähigkeit die eigenen Grundbedürfnisse zu befriedigen in direkter Reichweite der Commoners liegen, und nicht von oben gewährt werden müssen“ (Wolcher 2009, o. S.).

Heute ist das Commoning im Gegensatz zum 13. Jahrhundert kein „zentrales Element der Sozialordnung“ mehr. Teilen und Gemeinschaffen gehören zwar noch immer zum Alltag (was der Commons-Debatte breite Resonanz verschafft), allerdings wurde es ins politisch Marginale abgedrängt. Nicht die Förderung von Räumen des Gemeinschaffens oder der Aufbau freier Infrastrukturen stehen im Pflichtenheft der Politik, sondern die Förderung von (Privat-)Investitionen und (weltweiter) Konkurrenz. Das schlägt direkt auf unsere Alltagskultur zurück. Wer heute auf die Gartenzeile einer Reihenhaussiedlung schaut, wird in jedem zweiten Garten einen unternutzten

⁹ Auch die Public Trust Doctrine ist von diesem Gedanken geprägt.

Mini-Spielplatz erkennen. Ökologisch sinnvolles Wäschetrocknen auf einer von allen genutzten Fläche existiert nur noch als Fotomotiv, seit der Wäschetrockner (mit Ökolabel!) die Haushalte erobert hat. Bohrmaschinen mit einer Betriebsdauer von 6 bis 13 Minuten (je nach Quelle) gehören zur Standardausstattung. All das gilt heute als Selbstverständlichkeit, nicht als Irrsinn.

Dennoch: Wir können auf einen romantisierenden Blick zurück verzichten. Einerseits sind wir heute in einer anderen Position, und nur diese kann Ausgangspunkt unserer Überlegungen sein. Andererseits ist Nostalgie fehl am Platz. Denn, Hand aufs Herz, die Vorstellung einer Abwendung von modernen Sozialsystemen ist ungemütlich, wenngleich es schwerfällt, deren Selbst-aushöhlung zu ignorieren. Diese erfolgt nach der simplen Logik: Wo kein Geld, da keine Zuwendung. Was aber wäre die Alternative? Die Abhängigkeit von gelingenden Sozialbeziehungen? Die Angewiesenheit auf Zuwendung und Pflege in Gemeinschaften oder in Familienbezügen? Und das, obwohl die Anforderungen des modernen Arbeitslebens kaum Zeit lassen, Gemeinschaftlichkeit einzuüben?

Es bereitet Schwierigkeiten – zumindest in den wenigen Ländern der Welt mit respektablen sozialstaatlichen Leistungen –, sich gedanklich vom Versorgungsanspruch sozialstaatlicher Daseinsvorsorge zu lösen. Er wiegt in Sicherheit, solange die Mittel fließen – und er wirkt einkommensarmutmindernd, solange sie für alle fließen. Doch sobald sie das nicht mehr tun, fällt es sofort auf die_den Einzelne_n (insbesondere die Frauen) zurück. Daher lohnt es sich, verwegener zu denken und einen Paradigmenwechsel auf die Tagesordnung zu setzen: von der Umverteilung zur Primärverteilung über vielfältige Commons-Institutionen und -Praktiken. Ein Blick in die Geschichte ist von Nutzen, um Anlauf zu nehmen.

Georg Simmel, der Mitbegründer der Soziologie, erinnerte bereits vor über 100 Jahren in seiner „Soziologie der Armut“ an eine in Vergessenheit geratene Dimension der Versozialstaatlichung, nämlich dass Armut zum Abstraktum wird, was uns von der Notwendigkeit enthebt, uns zu ihr – sofern wir nicht selbst betroffen sind – in Beziehung zu setzen. Dabei waren Armut und Elend immer die unmittelbar sinnlichsten Erfahrungen von Ungleichheit, „sogleich so wirksam und unmittelbar beanspruchend“. Dies habe „von jeher der Armenpflicht einen spezifisch lokalen Charakter gegeben; sie statt dessen in ei-

nem so großen Kreise zu zentralisieren, dass sie statt durch unmittelbare Anschauung nur noch durch den allgemeinen Begriff der Armut in Funktion tritt – das ist einer der längsten Wege, die soziologische Formen zwischen Sinnlichkeit und Abstraktion zurückgelegt haben.“ Diese „Wendung der Armenfürsorge zur staatlich abstrakten Verpflichtung [...] modifizierte [...] ihr Wesen [...] Die [...] Gemeinde ist nicht mehr der Ausgangspunkt, sondern der Durchgangspunkt der Fürsorge“ (Simmel 1906, o. S.).

Dieser Prozess hängt eng mit der Industrialisierung und der damit einhergehenden Verstädterung zusammen. In den Städten fehlte das auf dem Land noch vorhandene Sicherheitsnetz: Niemand, so analysiert Jonathan Rowe, habe je systematisch darüber nachgedacht, wie dieses Netz in urbanen Kontexten zu spannen sei (vgl. Rowe 2007). Und niemand hat systematisch darüber nachgedacht, wie Primärverteilung in diese neuen Kontexte und Lebensverhältnisse übertragen werden könnte. Die Kraft floss in den Aufbau des Neuen, das Armut zur Abstraktion machte, in zahllose (und allesamt wichtige) Umverteilungskämpfe und ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – über das Konzept der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (wsk) – zunehmend in einen menschenrechtsbasierten Ansatz, der Schutz in elementaren Lebensbereichen wie Ernährung, Gesundheit, Bildung und Arbeit gewähren sollte.

Doch auch Menschenrechte sind eine Abstraktion. Auf ihre Erfüllung käme es an. Der „Anspruch auf Gleichberechtigung, also auf diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung, zum Bildungssystem, zum Arbeitsmarkt und anderen gesellschaftlichen Bereichen [...]“, aus dem sich „unmittelbare Rechtspflichten für den Staat“ (nach Deutsches Institut für Menschenrechte o. J.) ableiten, ist zunächst einmal das: ein Anspruch. Offen bleibt, wie er praktisch eingelöst wird, wenn die Wirtschaft nicht floriert und der Staat zur Austerität gezwungen ist. Zudem bleibt oft ausgeblendet, dass die Einlösung dieses Anspruchs (bislang) auf einem Wirtschaftssystem basiert, das sich nicht auf seiner eigenen Grundlage reproduzieren kann, sondern aus dem Gemeinsamen schöpft und dieses zunehmend erschöpft: Trinkwasserkonflikte, Klimawandel, *Peak Everything* sind nur Schlagworte dieses Phänomens.

Um diesen Abstraktionen und den damit verbundenen Fallstricken zu entkommen, erscheint es zwingend, über commonsbasierte Infrastrukturen und

Fürsorgesysteme nachzudenken. Dazu gehört ein Verzicht auf die Privatisierung der Gaben der Natur und dessen, was kollektiv hervorgebracht wird (z. B. Forschung an öffentlichen Universitäten). Denn dies ist der unverzichtbare Ressourcenpool, um Armutsminderung überhaupt anders denken und realisieren zu können. Es ist das Sicherheitsnetz, das nicht nur Umverteilung für weniger Einkommensarmut, sondern Primärverteilung des gemeinsamen Reichtums ermöglicht. Dafür kann der Staat die Bedingungen schaffen, die Infrastrukturen tragen und aktive Förderung leisten.

2. Wo Commons lebendig sind, gibt es zwar Einkommensarmut, aber kein Elend

„Äußerste Armut ist in Ländern mit Gemeingut weniger bekannt. Auch der ärmste Tagelöhner hat wenigstens sein Land für Gemüse und Kartoffeln“, bemerkte Franz Christoph vor über 100 Jahren über die Gemeinheitsteilungen in Preußen (Christoph 1906: 27). Diese wurde dennoch vor dem Hintergrund der „zur Herrschaft gelangenden Theorie von der Schädlichkeit des Gemeineigentums und dem Vorteil des Sondereigentums“ durchgesetzt (Christoph 1906: 35). Zwar sei die soziale Bedeutung der Allmende nicht zu unterschätzen, betonte Christoph, doch beim Erlassen der Gesetze zur Allmendeteilung „stellte man sich hauptsächlich auf den einseitigen wirtschaftlichen Standpunkt. Die Steigerung der Produktion durch Zerschlagen des Gemeinbesitzes und Vergeben desselben an Privatpersonen war die Parole. Die soziale Bedeutung der Allmende für die Volkswohlfahrt wurde vollständig übersehen“ (Christoph 1906: 25).

Das ist ein hochaktueller Text, zumal der Autor den engen Zusammenhang zwischen Allmendezerschlagung und Migration betont, die einen wesentlichen Unterschied zwischen Armut und Elend markiert. Nicht umsonst stand das Wort Elend, so die Online-Enzyklopädie Wikipedia (vgl. Wikipedia 2013), zunächst für „anderes Land“ und „Verbannung“, erst später für Not, Hilflosigkeit und absolute Armut.

Gut einhundert Jahre später argumentieren Svein Jentoft und Kollegen aufgrund ihrer Untersuchungen zur Kleinfischerei in Bangladesch und Tansania ganz ähnlich. Sie entfalten das Argument, Armutsminderung setze ein Freiheitskonzept voraus, das unter Freiheit nicht freien Zugang zu allem versteht (à la Hardin), sondern sich an Amartya Sens Freiheitsbegriff orientiert, mithin

die Freiheit umfasst, über einen Prozess des „öffentlichen Vernunftgebrauchs“ die eigenen Ressourcen zu managen (Jentoft et al. 2010: 345).

Denn mit der Armut verhält es sich wie mit dem Hunger: Nicht zu wenige Lebensmittel sind das Problem, sondern unsicherer und geldabhängiger Zugang. Entscheidend ist aber die Souveränität über die Produktion(sbedingungen) und über die Primärverteilung der Produktionsgrundlagen (Land, Wasser, Biodiversität, Infrastrukturen usw.). Diese bedürfen nach Sen der Berechtigungen und Fähigkeiten der Menschen, ihre Beziehung zu gemeinsamen Ressourcen selbst bestimmen zu können. Fehlende Souveränität über kollektive Ressourcen und der übende, vom Staat geschützte Umgang damit (Commoning) ist eine oft übersehene Armutsursache und Freiheitsbeschnidung.

Armutsbekämpfung muss mit der Erkenntnis beginnen, dass Armut Ausdruck unserer Sozialbeziehungen und gesellschaftlichen Verhältnisse ist. Sie sagt etwas über die Beziehung zu Dingen, Personen und Institutionen. Institutionen, „die die Handlungsmöglichkeiten der Armen beschränken, ihnen grundlegende Nutzungsrechte entziehen und sie von der Entwicklung und Ausübung ihrer individuellen und kollektiven Fähigkeiten ausschließen“, erzeugen Armut (Jentoft et al. 2010: 359).

Um also die Handlungsmöglichkeiten und Freiheitsräume der Armen zu erweitern (und sie vor Elend zu schützen), brauchen sie mehr Freiheit, statt (oft schwer nachvollziehbare) fremdgesetzte Regeln. Sie benötigen stete Investitionen in die Stärkung von Sozialbeziehungen und Netzwerken, die entscheidend für die Erweiterung ihrer Handlungsoptionen sind. Kurz: lebendige, vielfältige Commons.

Das führt zu weniger Markt- und Geldeinkommensabhängigkeit, weniger Druck auf natürliche Ressourcen, geringerer Verletzbarkeit (vulnerability) der Ärmsten der Armen und zur Stärkung der Selbstheilungskräfte sowie zur Entfaltung individueller wie kollektiver Fähigkeiten – in den Worten der Alternativ-Nobelpreisträgerin Vandana Shiva: zu einem Commons-Netz des Lebens. Darin gibt es gewiss Einkommensarmut und eine große Schlichtheit¹⁰, aber kein Elend: ein elementarer Unterschied, der ein Leben in Würde von einem elenden Leben scheidet.

¹⁰ Noch einmal: Romantisierung ist fehl am Platze.

3. Commons vermitteln soziale Sicherheit und unterwandern die Krise des Reproduktiven

Aus Commons- wie aus Care-Perspektive liegt die Kritik an der Eindimensionalität des vorherrschenden Verständnisses von Ökonomie auf der Hand. Darin wird nur Wirtschaft genannt, was marktgängig ist. Unbezahlte Tätigkeiten (etwa Sorgearbeit und Schenkökonomie) sowie Leistungen der außermenschlichen Natur gelten als wertlos und lediglich „reproduktiv“, obwohl sie die Grundlagen allen Wirtschaftens sind. Feministische Ökonomie kritisiert seit Jahrzehnten die Trennung in Produktion und Reproduktion, in Marktökonomie und Versorgungsökonomie samt der in sie eingeschriebenen Geschlechterhierarchien. Denn hier wird alles „Reproduktive“ (und damit meist das weibliche Tätigsein) abgewertet und unsichtbar gemacht. Das wiederum ist für die sorglose Ausnutzung des derart Abgespaltenen mitverantwortlich. Feministische Ökonominen sehen hierin die gemeinsame Ursache der aktuellen sozialen und ökologischen Krisen, die Ausdruck ein und derselben Krise sind: der Krise des „Reproduktiven“ (z. B. Biesecker/Hofmeister 2006).

Dabei ist das „Reproduktive“ lebensfördernd. Es bringt permanent Leben und Lebendigkeit neu hervor und unterliegt dabei einer anderen Logik als jener, die klassische Ökonomie in den Mittelpunkt rückt: Knappheit, die in einer Zeiteinsparungslogik mündet. Doch nicht diese bestimmt Care und Commons, sondern eine Zeitverausgabungslogik. Je mehr wir in beides investieren, desto besser. Umgekehrt verhält es sich am Markt: Je weniger Zeit benötigt wird, umso „effizienter“. Daniela Gottschlich formuliert es so: „Die lebensbezogene Sorge gerät in den Widerspruch zur Verwertungs- und Effizienzlogik der Marktökonomie“ (Gottschlich 2013, o. S.).

Zwar „rechnen“ sich Care und Commons nicht und sorgen nicht für Einkommensreichtum, aber Commons und Care stehen für gelingende Sozialbeziehungen, Beziehungsreichtum und Sicherheit. Was der Markt isoliert, wird von Commons und Care integriert. Diese Integrationskraft vermittelt soziale Sicherheit – ein wesentlicher Aspekt der Freiheit von Armut.

Die Kritik an der Unsichtbarmachung lebensproduzierender Zusammenhänge verbindet sich mit einer Kritik am Konzept der (Lohn-)Arbeit und an der Einengung politischer Programmatik auf die Integration in den Arbeits-

markt¹¹. Über „das Ganze der Arbeit in und für nachhaltige(n) Gesellschaften“ (Gottschlich 2013, o. S.) wird wenig systematisch nachgedacht. Vielleicht aber ist der Unvereinbarkeit beider Logiken, der Commons-Logik und der Warenlogik, nur durch Commons-Vielfalt zu begegnen, auch weil darin Produktion und Reproduktion in eins fallen. Es braucht demnach mehr „caring“ und mehr „commoning“ für mehr Freiräume und Unabhängigkeit vom Marktgeschehen, denn in diesem wird das Reproduktive systematisch aufgegeben. Das lässt sich als Einhegung („enclosure“) von Zuwendung fassen, der ultimativen Einhegung, auf der Kapitalismus beruht und deren letztliches Pfand der menschliche Körper ist. Mit Menschenwürde, Menschenrechten und Lebensqualität hat das wenig zu tun. Der Transfer von kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien wirkt zerstörerisch sowohl auf die zu pflegende Person als auch auf die Person, die ihre Sorgearbeit ernst nimmt.

Gefordert sind pflegende und sorgende Menschen in ihrer ganzen Lebendigkeit und Menschlichkeit, die auch selbst von einem vielfältigen Beziehungsnetz getragen werden.

Anstelle eines Fazits

„Es mag sein, dass es ein Zeichen von Armut ist, wenn man das Wasser aus dem Fluss holt. Es ist jedoch sicher eine tiefgreifendere Demütigung, wenn man, nachdem man für einige Zeit genossen hat, dass das Wasser aus dem Hahn kam, alleine zum Fluß gehen muss, da man sein Wasser nicht mehr bezahlen kann. Aber auch die glücklichen Nutzer des fließenden Wassers könnten sich früher oder später fragen, ob nicht die Maßnahmen der Armutsbekämpfung sie zu guter Letzt in jene Austauschbeziehung integriert haben, die zwar einerseits Wasser, ein Dach über dem Kopf und ausreichend Nahrung hervorbringen kann, andererseits die Menschen aber zwingt, ihre Haut zu Markte zu tragen“ (Schmidt-Soltau 2002: 23).

¹¹ Diese ist das komplementäre Konzept zu einem Armutsbegriff, der Armut auf Einkommensarmut reduziert.

LITERATUR

- BESTE, RALF (2013): Entwicklungspolitik: Waldstrategie der Weltbank weitgehend nutzlos. In: Spiegel online Politik, 31. Jänner 2013. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/entwicklungshilfe-waldstrategie-der-weltbank-weitgehend-nutzlos-a-880564.html>, 19.06.2013.
- BIESECKER, ADELHEID/HOFMEISTER, SABINE (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung. Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung Band 2, München.
- CHRISTOPH, FRANZ (1906): Die ländliche Gemeingüter (Allmenden) in Preußen. Jena. <http://dlib-pr.mpier.mpg.de/m/kleioc/0010/exec/books/%22118913%22>, 23.07.2013.
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR MENSCHENRECHTE (O. J.): wsk-Rechte. <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/themen/wsk-rechte.html>, 27.06.2013.
- DI GREGORIO, MONICA/HAGEDORN, KONRAD/KIRK, MICHAEL/KORF, BENEDIKT/McCARTHY, NANCY/MEINZEN-DICK, RUTH/SWALLOW, BRENT (2008): Property Rights, Collective Action, and Poverty. The Role of Institutions for Poverty Reduction, CAPRI Working Paper Nr. 81/June 2008. <http://www.capri.cgiar.org/pdf/capriwp81.pdf>, 19.06.2013.
- FUYS, ANDREW/MWANGI, ESTHER/DOHRN, STEFAN (2008): Capri: Securing Common Property Regimes in a Globalizing World. Synthese von 41 Fallstudien in Asien, Afrika und Lateinamerika, zweite überarbeitete Auflage.
- GOTTSCHLICH, DANIELA (2013): Doing away with labor. Working and Caring in a World of Commons; Keynote zur Internationalen Konferenz Economics and the Commons, Berlin, Mai 2013. www.boell.de/downloads/201305_Keynote_Gottschlich_Working_and_Caring.pdf, 11.07.2013.
- JENTOFT, SVEIN/ONYANGO, PAUL/ISLAM, MOHAMMAD MAHMUDUL (2010): Freedom and Poverty in the Fishery Commons. In: International Journal of the Commons, Volume 4, 345–366.
- LINEBAUGH, PETER (2008): The Magna Carta Manifesto: Liberties and Commons for All. Berkeley: University of California Press.
- MATTEI, UGO (2012): Providing Direct Access To Social Justice By Renewing Common Sense: The State, the Market, and some Preliminary Question about the Commons. In: Trends in Social Cohesion, Nr. 25. [42](http://rights-</p></div><div data-bbox=)

- poverty.eu/wp-content/uploads/2012/02/UMattei_Providing-Direct-Access-To-Social-Justice.pdf, 26.06.2013.
- MEDOSCH, ARMIN (2013): Ö1-Radiokolleg, „Der Reiz der Commons“, Sendung vom 17. Juli 2013. <http://commonsblog.wordpress.com/2013/07/21/der-reiz-des-commons-und-fragen-die-groser-sind-als-unser-kopf/>, 22.07.2013.
- ROWE, JONATHAN (2007): Pre-Distributive Economics and Sufficiency for the Long Haul, 20. Oktober 2007. <http://jonathanrowe.org/pre-distributive-economics-and-sufficiency-for-the-long-haul>, 13.06.2013.
- RUST, WINFRIED (2013): Abolish Poverty. Die Erzählweisen über Armut ändern sich, die Armut bleibt. In: iz3w Nr. 336 (In weiter Ferne – das Ende der Armut), Mai/Juni 2013, 3–5.
- SACHS, JEFFREY D. (2010): Wohlstand für viele. Globale Wirtschaftspolitik in Zeiten der ökologischen und sozialen Krise. München.
- SCHMIDT-SOLTAU, KAI (2002): Verhältnismäßig arm. Wie die Gesellschaft Reichtum und Armut immer neu erschafft. In: iz3w Nr. 264 (Die Quadratur des Kreises? – Armut und Selbstermächtigung), Oktober 2002, 21–23.
- SEHRING, JENNIVER (2002): Rhetorik der Kurskorrektur. Verlorene Dekaden der Armutsbekämpfung von oben. In: iz3w Nr. 264 (Die Quadratur des Kreises? – Armut und Selbstermächtigung), Oktober 2002, 25.
- SEN, AMARTYA (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München.
- SIMMEL, GEORG (1906): Zur Soziologie der Armut. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, hrsg. von Edgar Jaffé, Werner Sombart und Max Weber, 22. Jg. (N.F. 4), 1. Heft (Januar), ausgegeben am 8. Februar 1906, 1–3. <http://socio.ch/sim/verschiedenes/1906/armut.htm> (Zugriff am 15. Juni 2013).
- UNITED NATIONS (1995): Bericht des Weltgipfels für soziale Entwicklung: Aktionsprogramm. Kapitel II Beseitigung der Armut. www.un.org/Depts/german/wirtsozentw/socsum/socsum9.htm#top, 22.07.2013.
- UNDP (2013): Bericht über die menschliche Entwicklung. Der Aufstieg des Südens. Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt. Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Berlin.
- WIKIPEDIA (2013): Elend. Permalink: <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Elend&oldid=120319375>, 23.07.2013.